# Aus der SKOS

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **98 (2001)**

Heft 6

PDF erstellt am: **18.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Sozialpolitik im Wechsel von Rezession und Hochkonjunktur

## Bundesrätin Ruth Dreifuss an der SKOS-Mitgliederversammlung in St. Gallen

*Vor rund 300 TeilnehmerInnen sprachen Bundesrätin Ruth Dreifuss und die St. Galler Regierungsrätin Kathrin Hilber an der SKOS-Mitgliederversammlung über Fragen der Sozialhilfe und Sozialpolitik in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Aus der Rezession sei die Lehre zu ziehen, dass viele vermeintlich individuelle Probleme ganze Gruppen von Menschen beträfen und nicht durch die Hochkonjunktur allein gelöst würden, sagte Dreifuss. «Es bleibt viel zu tun, auch im Aufschwung», mahnte die Sozialministerin.*

Der knallblaue Sommerhimmel und der vom FC St. Gallen verpasste Schweizer Meistertitel wirkten wie Sinnbilder für die Sonn- und Schattseiten von St. Gallen. Die mit 70'000 EinwohnerInnen siebtgrösste Schweizer Stadt stellte Stadtrat Hubert Schlegel dem SKOS-Publikum im Olma-Messegelände vor: «Es geht uns gut – und doch leben wir nicht in einer heilen Welt.» Zu den besonderen Herausforderungen gehörten die multikulturelle Durchmischung der Bevölkerung, die «Wanderungsbewegungen der Einkommensschichten», das ausgeprägte Drogenproblem sowie die Arbeitslosigkeit. Fast die Hälfte aller Sozialhilfekosten des Kantons fallen laut Schlegel in der Stadt an, der es generell schwer fällt, die Zentrumslasten zu finanzieren. Da der Kanton keinen Soziallastenausgleich kennt, muss die Stadt dafür 20 Steuerprozente aufwenden. Der Politiker schilderte St. Gallen als «eine Stadt mit kleinbürgerlicher Enge, mit Bratwurst-Image aber auch mit weltweiter Offenheit, mit technischen und wissenschaftlichen Spitzenprodukten» und meinte verschmitzt, sie sei jedenfalls «ein Ort mit viel mehr Charme und Herz, als uns die übrige Schweiz oft zurechnet».

### Weder Luxus noch philantropisches Werk

In ihrem Referat zum Thema «Sozialpolitik im Wechsel von Rezession und Hochkonjunktur» betonte Bundesrätin Ruth Dreifuss, die letzte Rezession sei keine «beliebige Konjunkturschwankung» gewesen, vielmehr «eine Krise besonderer Art. Denn die Rahmenbedingungen haben sich geändert.» In diesen Jahren habe der Sozialstaat um seine Anerkennung kämpfen müssen, sagte Dreifuss und hob hervor: «Die Sozialversicherungen haben ihren Ursprung in der Wirtschaftskrise der Kriegsjahre und sind weder eine Luxuserscheinung der Hochkonjunktur noch ein philanthropisches Werk.» Sie entsprächen einem Gesellschaftsvertrag, der die Minimalbedingungen für die Entfaltung der persönlichen Freiheit enthalte. Was häufig übersehen werde, sei ihre zudem «konjunkturregulierende» Wirkung: «Als Umverteilungsmechanismus stärken die Sozialversicherungen die Nachfrage und die Zahlungsfähigkeit in Krisenzeiten und gleichen Schwankungen durch antizyklische Wirkung aus. Die Sozialversicherungen begleiten den Wandel, indem sie seine Risiken erträglich machen, und

erleichtern den wirtschaftlichen Aufschwung, indem sie Sicherheit bieten.»

### Individuelle als Probleme von Gruppen erkannt

Als Lehren aus der Rezession bezeichnete Dreifuss die Einsicht, dass vermeintlich individuelle Probleme als Probleme ganzer Personengruppen erkannt worden seien, die gesellschaftlich gelöst werden müssten. «Personen, die alters-, gesundheitsbedingt, aufgrund fehlender Qualifikationen oder anhaltender Arbeitslosigkeit vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind, werden vermehrt als Gruppe mit identischen Problemen wahrgenommen, die von demselben Massnahmenpaket profitieren kann.» Mit Blick auf die Problematik der «working poor» seien zudem Wirtschafts- und Sozialpolitik zu «dringendem Handeln aufgefordert».

Unter dem Stichwort Risiken des Aufschwungs verwies die Sozialministerin insbesondere auf jene Personen, die davon nur wenig profitierten: Für Personen, die trotzdem erwerbslos blieben, müssten weiterhin «gemeinsam abgestimmte Anstrengungen zur leichteren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess» unternommen werden. Als «besorgniserregend» bezeichnete Dreifuss die Zunahme der psychischen Krankheiten. Welcher Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Invalidität auch bestehe, eines sei klar: «Die verstärkte Konkurrenz und die erhöhten Anforderungen am Arbeitsplatz haben zur ‹Invalidisierung› beigetragen.» Der wirtschaftliche Aufschwung alleine werde diese Tendenz nicht umkehren, mahnte Dreifuss, und bezeichnete es auch als «zentrales Anliegen des Wirtschaftswachstums», Behinderten den Zugang zu Arbeitsmarkt und sozialem Leben zu gewährleisten.

### «Verändertes Verständnis»

Im Arbeitsalltag hätten es die SKOS-Fachleute als Folge der Individualisierung von Lebensstil und Denkweise mit zunehmend kritischeren Bürgerinnen und Bürgern zu tun, sagte Bundesrätin Ruth Dreifuss. Auch wenn im Bereich der sozialen Sicherheit ein grundlegender Konsens bestehe,

## SKOS-Geschäfte: Erhöhte Beiträge

Mit grossem Mehr stimmte die von Präsident Walter Schmid geleitete Versammlung der Erhöhung der Mitgliederbeiträge ab 1.1.2002 zu. Die neue Regelung trägt laut Antrag des Vorstandes den strukturellen Veränderungen in der Mitgliedschaft Rechnung und macht die SKOS weniger abhängig vom Ertrag der Dienstleistungen, die sie gleichzeitig verstärken will. Genehmigt wurden zudem die Jahresrechnung 2000 (Verlust von rund 3'600 Franken bei einem Totalaufwand von 1,173 Mio Franken) sowie das Budget 2001, das bei einem Gesamtaufwand von 943'000 Franken einen Verlust von 3'000 Franken vorsieht. Das Budget 2002 mit den erhöhten Mitgliederbeiträgen rechnet bei leicht höherem Gesamtaufwand mit einem Gewinn von 5'500 Franken.

Neu in den Vorstand gewählt wurde Kathrin Buchmann von Pro Senectute Schweiz als Nachfolgerin von Martin Mezger. *(gem)*

so würden Kompromisse bei konkreten Massnahmen «immer schwieriger und immer schneller in Frage gestellt». «Ist das oberste Ziel eine breit abgestützte, konstruktive Lösung, dann ist diese Entwicklung als durchaus positiv zu werten», beunruhigend hingegen wäre sie, würde sich für die Zukunft eine «Zersetzung der Solidarität» abzeichnen. «Soziale Sicherheit als Willensakt der Gesellschaft stützt sich ebenso auf einen Vertrag zwischen Bevölkerung und Behörden, wie auf einen Vertrag zwischen den Generationen und zwischen den verschiedenen sozialen Schichten», betonte die Bundesrätin. Es sei Aufgabe von Behörden und privaten Organisationen, für den Erhalt des unerlässlichen Vertrauens zu sorgen. Die aktuellen Sozialhilfereformen in verschiedenen Kantonen zeugten von den «Bemühungen um ein verändertes Verständnis der Beziehungen zwischen Staat und Bevölkerung» – was ebenfalls eine Folge der Rezession sei. Und: Es gelte, jetzt aus den Erfahrungen zu lernen, denn es gebe viel zu tun, auch im Aufschwung.

**SKOS: Dialogforum für Auseinandersetzungen**

Kathrin Hilber, frühere Rektorin der damaligen Höheren Fachschule für Sozialarbeit und seit fünf Jahren Regierungsrätin des Kantons St. Gallen, skizzierte die fachlichen und politischen Herausforderungen für Sozialbehörden und Sozialdienste. Unter anderem betonte sie die Wichtigkeit der SKOS als «Dialogforum für die Auseinandersetzung zwischen politisch und fachlich Verantwortlichen». Trotz ihrer je unterschiedlichen Rollen – welche die Referentin bezogen auf die aktuellen Herausforderungen prägnant umriss – verfolgten Behördenmitglieder und MitarbeiterInnen der Sozialhilfe im Grunde das gleiche Ziel: die soziale und berufliche Integration. «Menschen, die aus welchen Gründen auch immer abhängig sind, müssen befähigt und unterstützt werden, gesellschaftlich integriert zu werden. Das heisst: sich vollwertig beteiligen können, Pflichte und Rechte übernehmen, sich vollwertig fühlen.» Die Sozialhilfe als das letzte Auffangnetz der Gesellschaft sei oft «ein Spiegel der aktuellen und manchmal auch künftigen Probleme unserer Gesellschaft», sagte Hilber. Als weitere gemeinsame Ziele nannte sie die Anstrengungen, Verbote durch Anreize zu ersetzen sowie eine nachhaltige Sozialhilfe anstelle einer Pflästerlipolitik zu betreiben. Das bedeute allerdings, sich immer wieder grundsätzlich mit den Fragen der Sozialhilfe auseinanderzusetzen. Ein gemeinsames Ziel sei es auch, Betroffene als Beteiligte wahrzunehmen, eine Haltung, so Hilber, die den, wenn in manchen Situationen auch schwierigen Dialog mit den Betroffenen voraussetze.

**Das Ganze erkennen – und handeln**

Im anschliessend von Radioredaktor Michael Hiller moderierten Gespräch zwischen den beiden Politikerinnen sprach sich Bundesrätin Ruth Dreifuss dafür aus, bundesweit die Standards in der Sozialhilfe besser zu harmonisieren «Es war nicht richtig», so Dreifuss, dass gewisse Kantone in den letzten Jahren die SKOS-Richtlinien nicht mehr angewendet hätten. Solange diese Richtlinien befolgt würden, sei dies ideal, aber wenn sie «durchlöchert» würden, müsse es eine politische Diskussion und wahrscheinlich einen politischen Auftrag geben, «Stichwort Gesetz über Mindestansätze für die Existenzsicherung».

Das Entstehen des Bewusstseins, dass gewisse Probleme nicht individuell sondern Probleme ganzer Gruppen sind, ist laut Dreifuss eine «sehr, sehr positive Entwicklung». «Sie hat zu Spannungen geführt, die Gewerkschaften ins Leben gerufen, die Frauenbewegung – sie zwingt die Gesellschaft, diese Probleme anzugehen, sie zwingt zum politischen Handeln.» Als sie die Sozialarbeiterschule in Genf besucht habe, sei sie über der Aufgabe verzweifelt, die Menschen in ihren individuellen Problemen individuell zu unterstützen, «ohne das Gesamtbild wirklich klar vor Augen zu haben». Deswegen habe sie die Politik gewählt, sagte Dreifuss mit expliziter Zustimmung von Kathrin Hilber. Zwar seien sie glücklich, die Probleme in ihrer Gesamtheit angehen zu können, doch als Politikerinnen würden sie nicht immer erkennen, «wo wir wirklich handeln können». Dieses Feed-back erwartet die Sozialministerin unter anderem von den SKOS-Fachleuten: dass sie die Erfahrungen aus ihrem Berufsalltag zurückmelden an die Politik, «damit die Warnlampen in diesem Land angehen». «Es sind nicht Versager, nicht Pechvögel, es sind Menschen, die einer gesamten Gruppe angehören, die unsere Gesellschaft ausstösst», mahnte Ruth Dreifuss.

Übrigens: Angesteckt an ihrer Bluse trug die Sozialministerin ein regenbogenfarbiges 1.-August-Abzeichen, das sie bei einem Besuch in der Behindertenwerkstätte der Kartause Ittingen erhalten hatte.

*Gerlind Martin*

# Schweizerische «Tagsatzung» für neue Heimvereinbarung?

## Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE

*Die Reaktionen der Kantone und Fachorganisationen auf die Vorschläge für eine neue Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) sind derart vielfältig, dass der Zeitplan für ihre Verabschiedung und die Beitrittsverhandlungen über den Haufen geworfen wird. Diskutiert wird zur Zeit der Vorschlag, die IVSE solle von einer schweizerischen «Tagsatzung» aller Kantone gemeinsam verabschiedet und so der Genehmigungsprozess beschleunigt werden. Im nachfolgenden Beitrag erläutert Ernst Zürcher, Zentralsekretär der Schweizerischen Sozialdirektoren Konferenz, SODK, Ziele und wichtigste Neuerungen der Vereinbarung sowie wichtige Vernehmlassungsantworten.*

Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) will ermöglichen, dass Personen mit besonderen sozialen oder pädagogischen Bedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne finanzielle Erschwernisse aufgenommen werden können (Artikel 1 Absatz1). Dabei geht es um Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (Bereich A) sowie Einrichtungen für erwachsene Personen mit Behinderungen (B); neu gehören Therapie- und Rehabilitationseinrichtungen für Suchtkranke (C) und Sonderschulen (D) dazu.

### Die wichtigsten Neuerungen der IVSE

Als Hauptrevisionspunkte der neuen Heimvereinbarung gelten:

*Die Vereinbarung wird verbindlicher:* Sie erhält stärker den Charakter eines Konkordates. Das oberste Gremium, die Vereinbarungskonferenz (heutiger Name: